

## Die Chemiemanager und die Chancen einer gesamtgesellschaftlichen Umweltdiskussion

Hartwig Heine, Rüdiger Mautz, unter Mitarbeit von Wolf Rosenbaum

*Der folgende Text ist dem Schlußkapitel eines Buches entnommen, das im Juni 1995 unter dem Titel "Öffnung der Wagenburg? Antworten von Chemiemangern auf ökologische Kritik" im Berliner Sigma-Verlag erscheint. Zwischenergebnisse des zugehörigen Forschungsvorhabens, das die Volkswagen-Stiftung förderte, wurden bereits in den SOFI-Mitteilungen Nr. 19 und 20 dokumentiert. Der folgende Auszug behandelt die Frage, inwieweit sich die kommunikativen Probleme, die die Chemiemanager mit der ökologisch motivierten Kritik an ihrer Tätigkeit haben, systemtheoretisch aus einer in der Chemieindustrie exekutierten Partiallogik erklären lassen; er versucht weiterhin abzuschätzen, inwieweit die Chemiemanager trotz aller offenkundigen Probleme auch einen eigenständigen positiven Beitrag zur gesellschaftlichen Umweltdiskussion leisten können. Wir danken dem Sigma-Verlag für seine freundliche Genehmigung dieses Vorabdrucks.*

Welche Chancen sind angesichts unserer Ergebnisse einer Umweltdiskussion zuzubilligen, die zumindest in dem Sinne "gesamtgesellschaftlich" zu nennen ist, daß sie auch die Chemiemanager einbezieht? Selbst wenn es sich bei dem von ihnen artikulierten spezifischen Vernunftanspruch nur um die *Form* handeln sollte, in der sie ihr *Geschäftsinteresse* zum Ausdruck bringen - was die Manager vermutlich gar nicht bestreiten würden, da sie sowieso davon überzeugt sind, daß sich Vernunft und Unternehmensinteresse zumindest längerfristig decken -, so ist doch diese Form für die Frage, inwieweit eine gesellschaftliche Diskussion über das Umweltproblem möglich ist, von einiger Relevanz. Denn würde sich dieses Interesse nur unverblümt *als* Partikularinteresse artikulieren, so wäre es schon deshalb für die gesellschaftliche Umweltdiskussion nicht verhandlungsfähig - was dann auf Gegenseitigkeit beruhen würde.

Wir stehen vor der paradox erscheinenden Situation, daß die Chemiemanager angesichts der gesellschaftlichen Umweltdiskussion und insbesondere angesichts der Chemiekritik das kontrastierende Bewußtsein entwickeln, Träger einer spezifischen Rationalität mit

eigenem Vernunftanspruch zu sein - und daß es gerade der überschießende Vernunftanspruch ist, der diese Reaktion trotz ihres Elitarismus (wenn auch sicherlich mit Hindernissen) anschlussfähig an die gesellschaftliche Umweltdiskussion macht, und der überdies eine Dialektik entwickelt, sich gegen die Chemiekritik nicht nur abzuschotten, sondern auch zu öffnen.

### **Denn sie wissen nicht, was sie tun?**

Die sich auf systemtheoretische Überlegungen stützende Vermutung, zu einer wirklichen *gesamtgesellschaftlichen* Kommunikation über das Umweltproblem könne es schon deshalb nicht kommen, weil die gesellschaftliche Differenzierung in verschiedene Funktionsbereiche, die jeweils ihrer eigenen Rationalität gehorchen, nur noch die Artikulation von Partiallogiken zulasse, wird durch das, was die Chemiemanager über sich selbst wissen und nach außen vermitteln, offenbar nicht bestätigt. Mit dem binären Code "Zahlen/Nichtzahlen", der in systemtheoretischer Ableitung das Subsystem

Wirtschaft charakterisiert (und konstituiert)<sup>1</sup>, hat die Rationalität, derer sich die Manager in ihrer Auseinandersetzung mit der Chemiekritik bewußt werden, soviel zu tun wie - frei nach Karl Kraus - das *Epos mit dem Epigramm*. Der Grundsatz, daß industrieller Umweltschutz auch *bezahlbar* sein müsse, gehört zwar zu dieser Rationalität, aber nur wie das Mosaiksteinchen zu einem erheblich komplexeren Gesamtbild. Nicht einmal in systemtheoretischer Hinsicht ist dies verwunderlich, denn die Manager eines Industrieunternehmens agieren ja nicht allein im Subsystem Wirtschaft, sondern auch in den Funktionsbereichen Wissenschaft, Recht und Politik, bei Licht betrachtet auch in den Funktionsbereichen Erziehung<sup>2</sup> und Religion<sup>3</sup> und nicht zuletzt auch in der Alltagswelt. Aber es wäre eine Sackgasse - und auch systemtheoretisch wohl nicht intendiert -, das empirische Managerbewußtsein von der eigenen Rationalität als *Summe* der in diesen verschiedenen Subsystemen geltenden Codes (vielleicht mit einer gewissen Präferenz für den *Wirtschaftscode*) mißzuverstehen; dazu bezieht es sich viel zu oft gerade auf die *Schnittstellen* zwischen den einzelnen Funktionsbereichen.

Die eben noch einmal aufgelisteten Vorbehalte, die die Chemiemanager gegenüber dem (aus ihrer Sicht) gesellschaftlich vorherrschenden Umgang mit dem Ökologieproblem geltend machen, verdeutlichen zumindest eines: Auch dort, wo sich die Manager am stärksten von der Chemiekritik bedrängt fühlen und sich am schärfsten von ihr absetzen, geschieht dies nicht im Namen einer oder mehrerer Partiallogiken, sondern mit dem Anspruch, so dem *Ganzen*, dem *Gemeinwohl* und einer übergeordneten *Vernunft* zu dienen<sup>4</sup> - wobei sich in

letzter reflexiver Wendung dieser Anspruch als eine *Teilrationalität* erkennen läßt, die allerdings mit Partiallogiken der einzelnen Funktionsbereiche nichts zu tun hat. Und wenn wir mit unserem Erklärungsansatz nicht gänzlich in die Irre gehen, so liegt dies nicht zuletzt daran, daß es ihnen um die soziale Selbstbehauptung *in* dieser Gesellschaft geht, nicht nur um die Affirmation von Partikularinteressen.

Dies alles, so könnte man insistieren, widerlegt nun aber nicht im geringsten, daß die Manager in ihrem beruflichen *Handeln* jene Partiallogiken exekutieren, die sie in ihrer *Kommunikation* mit der sozialen Außenwelt scheinbar hinter sich lassen - die Filterwirkung z.B. der ökonomischen Rationalität, der sie verpflichtet sind, würde sich also schließlich doch durchsetzen, wenn auch erst jenseits der Grenze, die "intelligentes Kommunizieren" von konkretem Tun trennt. Wenn man sich jedoch nicht zu der These versteigen will, daß den Managern die Logik ihres eigenen beruflichen Tuns vollständig entgeht - was heißen würde, daß sie als Schlafwandler agieren -, dann mag hier doch die Frage interessant sein, von welchen Gesichtspunkten sie selbst ihr berufliches Handeln bestimmt sehen.<sup>5</sup>

Hier sind wir in den Interviews einer Reihe von Hinweisen begegnet, die das Modell einer manageriellen Handlungssphäre, welche allein von der ökonomischen Partiallogik beherrscht wird und *deshalb* blind und taub für jeden übergreifenden ökologischen Vernunftanspruch sei, erheblich relativieren. Ihr Ausgangspunkt macht es schwer, sie einfach ins Reich der *Ideologie* zu verweisen. Denn es entspringt ökonomischer Rationalität, den präventiven Umweltschutz zu einer *Maxime* des unternehmerischen Handelns zu machen und damit auch Spielräume für den Eingang von nicht-ökonomischen Gesichtspunkten in die manageriellen Entscheidungen zu öffnen. In den konkreten Situationen, in denen umweltrelevante Entscheidungen zu treffen sind, erweist sich das ökonomische Kosten-Nutzen-Kalkül als unzureichend, um den *one best way* zu bestimmen; schon allein in der Gegenüberstellung von

<sup>1</sup> Vgl. N. Luhmann (1986): *Ökologische Kommunikation*. Opladen, S. 103.

<sup>2</sup> Im außerberuflichen Bereich durch die Erziehung der eigenen Kinder; im beruflichen Bereich nicht nur durch die Ausbildung des industriellen Nachwuchses, sondern auch die berufliche Karriere, die selbst einen Teil des Erziehungsprozesses bildet (vgl. N. Luhmann a.a.O., S. 193 ff).

<sup>3</sup> Eine ganze Reihe unserer Gesprächspartner waren offenbar aktive Mitglieder christlicher Gemeinden, bekleideten dort Ehrenämter usw.

<sup>4</sup> Damit transzendieren die Chemiemanager übrigens auch das Selbstverständnis "richtiger" Wissenschaftler, das, wenn wir hier Otto Ullrich folgen können (O. Ullrich [1977]: *Technik und Herrschaft*. Frankfurt, S. 104 f.), von der Zweckfreiheit ihres Tuns geprägt ist (diese fragen z.B. nur nach dem *Wie*, nicht nach dem *Warum* des Naturablaufs).

<sup>5</sup> Wir schließen hier noch eine zweite Möglichkeit aus: daß die Manager in der kommunikativen Situation des Interviews systematisch *lügen*.

kurz- und langfristigem Unternehmensinteresse angesichts unsicherer Entwicklung von Märkten, politischen Auflagen und öffentlicher Diskussion wird dehnbar bis ungewiß, welche Entscheidung *ökonomisch rational* ist - oder es wird rational, hier Ungewißheit in Rechnung zu stellen.<sup>6</sup> Damit ergeben sich für das Handeln der Manager Räume des individuellen *Ermessens*, in denen viele Impulse entscheidungsrelevant zusammenwirken können, u.a. die Berücksichtigung öffentlicher Kritik und schließlich auch die persönliche ökologische Überzeugung.<sup>7</sup>

Wir würden unser Argument sicher überziehen (und auch in Widerspruch zu eigenen Befunden geraten), wenn wir behaupten würden, daß in die manageriellen Entscheidungen nicht auch bereichsspezifische Gesichtspunkte, wie z.B. die ökonomische und technische Machbarkeit, der zu erwartende Gewinn usw. eingehen. Da es sich im vorliegenden Fall ausschließlich um eine Bewußtseinsuntersuchung handelt, können wir auch

<sup>6</sup> a.a.O. Bereits *Helmut Wiesenthal* hat in Auseinandersetzung mit dem Konzept der *rational choice* sehr nachdrücklich auf die notwendigerweise beschränkte Rationalität von Unternehmensentscheidungen hingewiesen: "Als Fokus für den Umgang mit Unsicherheit in den 'choices' fungiert alles Halbwissen über vermutete Trends, Modeströmungen, künftige legale Rahmenbedingungen, Marktordnungen und ähnliches. Vorstellungen von dem, was die Zukunft bestimmen mag, beeinflussen die Richtung und Reichweite, in der man nach Strategien der langfristigen Erfolgssicherung sucht" (H. Wiesenthal [1991]: "Rational choice", Unsicherheit und ökologische Rationalität, in: F. Beckenbach [Hrsg.]: Die ökologische Herausforderung für die ökonomische Theorie. Marburg, S. 290). Und er merkt dazu an: "Es gibt Grund zu vermuten, daß die bis dato erfolgte 'Ökologisierung' der Konsumgüternachfrage zu wesentlichen Teilen von solchen Explorationsstrategien induziert ist. Man kann das paradoxerweise an der Korrektur bzw. Zurücknahme von Innovationen ablesen, denen eine Überschätzung umweltbezogener Konsumentenpräferenzen zugrunde lag" (a.a.O.).

<sup>7</sup> In diesem Punkt gehen wir über die Position von *Wiesenthal* (vgl. die vorhergehende Anmerkung) hinaus, der alles Gewicht auf die situative *Unsicherheit* legt, in der jede Unternehmensentscheidung stattfinden muß und sie deshalb auch für ökologische Signale aus der gesellschaftlichen Umwelt sensibilisiert, aber die Möglichkeit ökologisch motivierter persönlicher *Gewissensentscheidungen* eher zurückweist: "In aller Regel erfolgt die Adaption an wahrscheinliche Zukünfte ohne einfühlendes 'Sinnverstehen', d.h. ohne sich die Prämissen derjenigen zu eigen zu machen, deren Handeln die neuen Orientierungsdaten hervorbringt" (Wiesenthal a.a.O., S. 290). Es ist nicht einzusehen, warum sich in den Nischen dieser Unsicherheit nicht auch Spielräume für *Gewissensentscheidungen* öffnen, die es dem Manager erlauben, sich den Werthorizonten seiner sozialen Umwelt anzunähern (oder sich ihnen bei teilweise unterschiedlichen Werthierarchien zumindest "gewachsen" zu zeigen). Unsere Befunde sprechen dafür.

nicht bestimmen, wie weit das reale Gewicht der Gesichtspunkte reicht, die über diese "Bereichslogik" hinausgehen. *Daß* sie die manageriellen Entscheidungen, sofern sie umweltrelevant sind, mit beeinflussen, erscheint angesichts der wahrgenommenen Margen von Unsicherheit plausibel. Dies bedeutet nun aber, daß die Öffnungen für die gesellschaftliche Chemiekritik, die im Bewußtsein der Manager und offenbar auch in ihrer Kommunikation mit der sozialen Außenwelt sichtbar werden, nicht nur Rhetorik sind, sondern auf ihr Verhalten durchgreifen. Zwar geschieht dies nicht ungefiltert - aber der eigene Anspruch, das zu tun, was auch das Beste für die Gesellschaft ist, erweist sich gerade wegen seines Allgemeinheitsanspruchs und trotz seines dezidierten Eigensinns nicht als Einbahnstraße: Er versucht sich einerseits gegen konkurrierende Vernunftansprüche zu behaupten, fungiert andererseits aber auch als Vehikel für die (wenn auch selektive) Übernahme von Forderungen, die von der Öffentlichkeit an die Chemieindustrie herangetragen werden, in die manageriellen Entscheidungen. Die Logik managerieller Entscheidungen enthält eine Öffnungsklausel für gesamtgesellschaftliche Vernunft, auch wenn es konkurrierende Ansprüche auf diese gibt.

In *einem* Punkt scheint sich allerdings die Luhmannsche Skepsis im Hinblick auf die Möglichkeit eines Umweltdiskurses, der die verschiedenen gesellschaftlichen Subsysteme übergreifen kann, zu bestätigen: Beide Seiten entwickeln eine starke Tendenz, die jeweils *andere* Seite als diskursunfähig, weil einer bornierten Partiallogik verhaftet zu sehen. Dies gilt zumindest für die Manager, solange ihr Anspruch, *das Ganze* im Auge zu haben, mit der bei den Chemiekritikern gesehenen Unfähigkeit kontrastiert, mehrdimensional und komplexitätsgerecht zu denken. Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß sich aus der Perspektive der meisten Chemiekritiker - der Verfasser des in der Einleitung zitierten *Spiegel*-Artikels wäre ein Beispiel - das Verhältnis genau umgekehrt ausnimmt: *Sie* haben *das Ganze* im Blick, und die Repräsentanten der Chemieindustrie sind die Sprachrohre des bornierten Partialinteresses.

Diese *Inversion* des Kommunikationsproblems - der *andere* ist diskursunfähig - ist vielleicht das größte Kommunikationshindernis. Um so wichtiger ist der Befund, daß es zumindest auf der Seite der Chemiemanager eine deutliche Tendenz gibt, genau dieses Verdikt zu relativieren.

### **Der Beitrag der Manager zur gesellschaftlichen Umweltdiskussion**

Relativierung bedeutet jedoch nicht, daß der *eigene* Anspruch auf Vernunftbesitz aufgegeben wird, auch wenn er dadurch eingeschränkter und kompromißbereiter wird. Die Chemiemanager betreten die von ihnen selbst mitgebauten Brücken zur gesellschaftlichen Umweltdiskussion immer noch mit einer Botschaft, die ihr einerseits Grenzen ziehen, andererseits aber auch ihren Horizont erweitern möchte.

So werden in den oben noch einmal zusammengefaßten Vorbehalten Grenzziehungen vorgenommen, die in der gesellschaftlichen Umweltdiskussion sicherlich auf Widerspruch stoßen. Die häufig geforderte Abkopplung der umweltpolitischen Risikovorsorge vom gegenwärtigen Erkenntnisstand, die die Manager am Beispiel des Trinkwassers leidenschaftlich kritisieren, erscheint weniger irrational, seitdem die Irreversibilität oder Fast-Irreversibilität vieler anthropogener Umweltveränderungen ins allgemeine Bewußtsein gerückt ist. Aus dem gleichen Grund wird auch das Prinzip in Frage gestellt werden müssen, daß *erkannte* Umweltgefährdungen (z.B. der Ozonschicht durch FCKW) erst dann abgestellt werden sollten, wenn technische Substitute industriell bereitstehen, die den bruchlosen Fortbestand der technischen Zivilisation garantieren. Es wird fraglich sein, ob die Option für eine ausschließlich *anthropozentrische* Ethik in der Gentechnologie (und in der Pharmaindustrie im allgemeinen) noch gesellschaftlich hinreichend konsensfähig ist. Und auch wenn manche katastrophischen Bestimmungen der ökologischen Weltlage eher Ausdruck subjektiver Dramatisierungswünsche als objektive Bestandsaufnahmen sein mögen und subkatastrophische Situationsbestimmungen hand-

lungsfreundlicher sind, ist nicht auszuschließen, daß es tatsächlich *katastrophale* Entwicklungen *gibt* (die z.B. radikale Maßnahmen erfordern, welche sonst unterbleiben würden).

Andererseits kann aber auch ein Teil der Botschaft, den die Chemiemanager in die gesellschaftliche Umweltdiskussion einbringen, durchaus deren Horizont erweitern. Und dies scheint uns vor allem dort der Fall zu sein, wo die Manager auf Widersprüche und Inkohärenzen des gesellschaftlich vorherrschenden Umweltdiskurses und der Chemiekritik verweisen.

Der beharrliche Hinweis darauf, daß industrielle Produktionsweise und gesellschaftlich vorherrschende Lebensweise interdependent sind, und die Kapuzinerpredigt wider die Doppelmoral von Chemiekritikern, die sich in ihrer Lebensweise als Komplizen der von ihnen angegriffenen Industrie erweisen, können der gesellschaftlichen Aufklärung über die wirkliche Tragweite und Komplexität eines ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft dienen. Und selbst wenn es falsch war, nicht schon viel früher und viel entschiedener aus der FCKW-Produktion und -Anwendung auszusteigen, schärft die Begründung der Manager für die Verzögerung dieses Ausstiegs doch den Blick dafür, daß es *nicht* selbstverständlich ist, für jeden industriell verwendeten Stoff und für jedes industrielle Verfahren sofort ein technisch äquivalentes Substitut finden zu können - und daß die Bedenkenlosigkeit mancher ökologischen Verzichtsforderung an die Chemieindustrie in der Tat von der Unkenntnis der sich daraus ergebenden Konsequenzen oder von dem Urvertrauen in ihre technische Omnipotenz getragen wird. Dies schließt wohlgerne nicht aus, daß auch eine darüber *aufgeklärte* Öffentlichkeit an den gleichen Forderungen (nach sofortigem Ausstieg aus den FCKW, nach einer Reduktion der Chlorchemie usw.) festhalten würde, aber es würde solche Forderungen immerhin enttäuschungssicherer machen. Die Forderung einer starken Minderheit der Manager, derartige Probleme in der Form eines *Gesellschaftsvertrags* zu entscheiden, scheint hier einen Lösungsweg zu eröffnen, auch wenn seine konkrete Umsetzung damit noch nicht geklärt ist.

Auch die Forderung, bei allen umweltpolitischen Entscheidungen ihre Konsequenzen für die Dritte Welt zu berücksichtigen, die eine Art Steckenpferd der Manager darstellt, hält der gesellschaftlichen Umweltdiskussion einen notwendigen Horizont offen. Selbst wenn die konkreteren Überlegungen, die die Manager zu diesem Thema vortragen, sich oft als fragwürdig erweisen mögen, uneinheitlich sind und gelegentlich auch Ratlosigkeit erkennen lassen, insistieren sie doch auf einem Problem, das angesichts der Globalität des Umweltproblems und der wachsenden Unsteuerbarkeit aller globalen Entwicklungen im gleichen Maße unlösbar wie unabweisbar erscheint. In der politischen und wissenschaftlichen Debatte, die sich in den letzten Jahren an dem Schlagwort der "Nachhaltigen Entwicklung" entzündet hat, erweist sich gerade dieses Problem als der eigentliche Knotenpunkt.<sup>8</sup>

Wir glauben nicht, daß dies Punkte sind, auf die nicht auch schon andere in der neueren Umweltdiskussion hingewiesen hätten. Wir behaupten nur, daß es sich immer noch um (teilweise sogar wachsende) *blinde Flecken* im vorherrschenden gesellschaftlichen Bewußtsein handelt, zu deren Aufklärung die Chemiemanager gerade deshalb beitragen können, weil sie - aus *Geschäftsinteresse* und um ihrer Selbstbehauptung willen - auf ihrem Standpunkt *beharren*.

Denn was unter engagierten Ökologen Konsens ist, ist bekanntlich noch lange nicht in das gesellschaftlich vorherrschende Bewußtsein und Verhalten eingegangen. Dieses Bewußtsein übernimmt zwar - das erfahren gerade Chemiemanager in aller Schärfe - relativ problemlos die ökologisch motivierte Chemiekritik, aber es verinnerlicht in viel geringerem Maß ökologisch begründete Anforderungen an die *eigene* Lebensweise. Zu der Immunität des Durchschnittsbewußtseins gegenüber diesen Anforderungen dürfte der *Asketismus* beitragen, mit dem sie häufig vorgetragen werden. Um so wirkungsvoller könnte es sein, wenn auch Chemiemanager, denen ein solcher prinzipieller Asketismus fremd ist,

den Finger in die Wunde der gesellschaftlich vorherrschenden Lebensweise legen.

So erscheint sowohl die Bereitschaft der Chemiemanager, sich dem Dialog mit der Chemiekritik zu öffnen, wie auch die Möglichkeit, daß es in einem solchen Dialog zu einem Prozeß wechselseitiger Aufklärung kommt, als ambivalent, aber nicht chancenlos.

Seitens der chemiekritischen Öffentlichkeit wird einiges davon abhängen, inwieweit es ihr gelingt, auch die *eigene* Fähigkeit zum Dialog zu erhöhen (was sicherlich schwierig, aber nicht unser Thema ist). Seitens der Chemiemanager gibt es Anzeichen dafür, daß sie in den bisherigen Auseinandersetzungen Lernprozesse durchgemacht haben, die in diese Richtung weisen.

Wenn wir mit unserem Interpretationsansatz richtig liegen, sind der Druck der Öffentlichkeit, des Staates und - in Abhängigkeit davon - der Wunsch nach sozialer Selbstbehauptung die wesentlichen Bedingungen dafür, daß der Raum für solche Lernprozesse auch künftig erhalten bleibt (wobei allerdings im Auge zu behalten ist, daß sich in einem solchen Raum aufgrund der prinzipiellen Ambivalenz der Selbstbehauptung immer auch die entgegengesetzte Tendenz zur Selbstabschottung entfalten kann).

Aus der Sicht der Mitte der 90er Jahre mag es zweifelhaft sein, ob und vor allem in welchem Ausmaß die beiden erstgenannten Bedingungen weiterhin gegeben sind. Als wir 1990 unsere Gespräche mit den Chemiemangern führten, war das Umweltproblem immer noch das unumstrittene Gesellschaftsthema "Nr. 1". Inzwischen haben die wachsende Massenarbeitslosigkeit, deren struktureller Charakter immer deutlicher wird, und die sinkende Fähigkeit des Staates, das bisherige *Welfare-Niveau* aufrecht zu erhalten, zu einer Rückstufung des Umweltthemas in der gesellschaftlichen Prioritätenliste geführt. Gleichzeitig haben sich auch für die großchemischen Unternehmen die Spielräume erweitert, um nicht nur dem Gesetzgeber, sondern auch der Öffentlichkeit mit dem Druckmittel globaler Standortkonkurrenz mehr ökologische Zurückhaltung gegenüber der

<sup>8</sup> Vgl. Wolfgang Sachs (1994): Nachhaltige Entwicklung. Zur politischen Anatomie eines Schlagwortes. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH (unveröffentlichtes Manuskript).

Industrie nahezulegen. Andererseits verfügt der Umweltschutz in der Großchemie inzwischen über ein erhebliches institutionelles Eigengewicht, hinter dem, wie wir gesehen haben, subjektive Überzeugungen seitens der Manager selbst stehen. Und die Reaktion von Politik und Öffentlichkeit auf die Hoechster Störfallserie mitten im "Krisenjahr" 1993 sind ein deutliches - sicherlich auch auf den Vorstandsetagen wahrgenommenes - Anzeichen dafür, daß der Rückschlag des Pendels in der öffentlichen Prioritätensetzung nicht überschätzt werden sollte - oder daß man nicht das Ausmaß *unterschätzen* sollte, in dem das Umweltproblem doch zu einem etablierten Bestandteil des gesellschaftlichen Bewußtseins geworden ist. Der öffentliche Druck auf die Chemieindustrie hat sich abgeschwächt, aber er ist noch da - und dies wird in der Chemieindustrie wohl auch so gesehen. Wenn der Verband der Chemischen Industrie Ende 1994 mit Anzeigen an die Öffentlichkeit geht, in denen gefordert wird: "Wir brauchen Innovationen statt Restriktionen"<sup>9</sup>, so versucht er offensichtlich die Gunst der Stunde zu nutzen, um weiteren staatlichen Regulierungsabsichten beim industriellen Umweltschutz entgegenzutreten. Aber er versieht diese Forderung mit einem Begleittext, der ein positives Bild der Chemieindustrie vor allem unter Umweltschutzgesichtspunkten zeichnet, und unterstellt damit eine immer noch vorhandene entsprechende gesellschaftliche Erwartung. Der Bereich, in dem diese gesellschaftlichen Erwartungen für die Unternehmen relevant werden und der sich noch am wenigsten mit dem Standortargument manipulieren läßt, sind ihre Absatzmärkte. Hier gibt es Anzeichen dafür, daß sich die Diffusion ökologisch motivierter Anforderungen auch in einer Phase fortsetzt, in der das Umweltthema auf den zweiten oder dritten Platz der gesellschaftlichen Prioritätenliste zurückgestuft wurde. Wenn jetzt z.B. große Versandhäuser dazu übergehen, ihren Zulieferern für jedes Produkt einen umfassenden "Öko-Paß" abzuverlangen<sup>10</sup>, so dürfte auch dies in der Chemieindustrie aufmerksam registriert werden. Was an der Vordertür als staatliche Auflage abgewehrt werden

kann, kommt manchmal durch die Hintertür als Anforderung des Marktes doch ins Haus.

Die Partie ist also weiterhin offen.

<sup>9</sup> Vgl. die ZEIT vom 3. 11. 1994.

<sup>10</sup> Vgl. den Artikel: "Horrende Beträge - Die Einkäufer von Industrie und Handel sind zu Verbündeten der Grünen geworden. Sie setzen knallharte Umweltvorgaben durch", in: WirtschaftsWoche Nr. 10/1995.